

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.

Interessante Lesarten: Die achtseitige Monatshefte oder deren Nummer 120 M., Wortausgaben das selbige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Lesungspreis 30 Pf. Familien- und Vereinsabonnements sind der Postzeitung bei der Expedition aufzugeben. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der demokratische Rechtsfrieden.

Die Rechtspflege im Verfassungsausschuß.

Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit abgelehnt.

Im Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung am 27. Mai, anlässlich der Beratung der Paragrafen über die Rechtspflege in der Verfassung zu einer lebhaften Auseinandersetzung über Unabhängigkeit und Wahl der Richter, Erziehung von Volksgerichten und Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit.

Genosse Dr. Cohn stellte den Antrag: Die Gerichtsbarkeit wird auf Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgeübt; ihnen allein sind auch die Personen des Soldatenstandes unterworfen, Militärgerichte und Ausnahme-gerichte jeder Art sind verboten.

Zur Begründung führte er aus, daß die Unabhängigkeit der Richter bisher nur eine scheinbare Vorhülle gewesen sei. Die Unabhängigkeit der Richter werde gewahrt durch die kontrollierende Tätigkeit des wählenden und Recht nehmenden Volkes. Die Abhängigkeit vom Volke sei das Kernstück der Demokratie.

Genosse Dr. Cohn erklärte, daß die Abhängigkeit der Richter von dem parlamentarischen Staatswesen und von einer kleinen herrschenden Klasse oder Klasse diese Abhängigkeit sei größer in den kleineren Bundesstaaten, wie z. B. in den Hansestädten, deren Rechtsprechung in Strafsachen teilweise besonders weltfremd und selbständig sei, als in den größeren. Die Beseitigung aller Ausnahmegerichte sei eine alte Forderung aller demokratischen Verfassungen. Später nur noch der Sozial-friede der bürgerlichen Demokratie. Später nur noch der Sozial-friede der bürgerlichen Demokratie.

Genosse Dr. Cohn erklärte, daß die Abhängigkeit der Richter von dem parlamentarischen Staatswesen und von einer kleinen herrschenden Klasse oder Klasse diese Abhängigkeit sei größer in den kleineren Bundesstaaten, wie z. B. in den Hansestädten, deren Rechtsprechung in Strafsachen teilweise besonders weltfremd und selbständig sei, als in den größeren. Die Beseitigung aller Ausnahmegerichte sei eine alte Forderung aller demokratischen Verfassungen. Später nur noch der Sozial-friede der bürgerlichen Demokratie. Später nur noch der Sozial-friede der bürgerlichen Demokratie.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Genossen Dr. Cohn abgelehnt, ebenso die grundsätzlichen Anträge von Kappeler.

Warum Genosse Ledebour in Haft bleibt.

Die Angst vor den Offiziers-Mördern.

Die rechtssozialistische „Schlesia-Solsteinküche“ in Kiel schreibt:

Wir wollen es klar und deutlich aussprechen: Man will den alten Kämpfer vor dem Schicksal Liebeschts und Rosa Luxemburgs bewahren. Die Offiziers-klasse erhebt freudig den Ruf: Wenn man Ledebour heute aus seiner Haft entläßt, besteht die Gefahr, daß er morgen von den wildgewordenen Wesen der Soldateska erschlagen wird. Die Regierung scheint gegenwärtig kein Mittel in der Hand zu haben, Menschenmörder in Haft zu halten und Revolutionäre des Lebens zu sichern. Für Trippl und Ledebour, die frei in Berlin unheimlich herumlaufen, besteht einwillen diese Gefahr nicht.

Wir können dieser Kennzeichnung des rechtssozialistischen Blattes nur zustimmen. Sie ist vollkommen zutreffend und wird jeden Tag von neuem durch die Freiheitsbestätigt. Unter der Herrschaft der „sozialistischen“ Regierung in jeder Revolution der völkerei, während die Konten-revolutionäre sich jede Schandtat ungestraft erlauben dürfen.

Auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Offiziell wird mitgeteilt:

In Berlin ist das Gerücht verbreitet, daß gelegentlich einer eventuellen Verurteilung im Prozeß Ledebour wieder größere Unruhen zu erwarten seien. Wie wir hören, besteht daher bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei keinerlei Absicht, zu irgendwelchen Demonstrationen aufzufordern. Im Lager der Regierungstruppen ist man auf alle Eventualitäten vorbereitet, trotzdem die unläufigen Gerüchte sich bisher noch nicht zu Tatsachen verdichtet haben. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Berliner Garnisonen der Regierungstruppen durch Abkommandierungen zum Offizier-

ff grundlos. Die Korps sind sogar in letzter Zeit durch starken Zugang von Freiwilligen erheblich verstärkt worden.

Es bedurfte nicht erst dieser offiziellen Versicherung, um zu erfahren, daß die Freiwilligenverbände erheblich verstärkt worden sind und auf die Gelegenheit warten, ihre Un-entbehrlichkeit aufs neue zu beweisen.

Ein neuer Streit in Oberschlesien.

Kattowitz, 27. Mai.

Offiziell wird mitgeteilt: Seit gestern abend streiken die Kesselhäuser, Stahlwerke und der Maschinenbetrieb der Königsütte. Forderung der Streikenden: Lebensmittel und Lohnverhöhung. Es handelt sich auch hier wiederum um einen wilden Streik, von dem die Gewerkschaftsführer hoffen, daß er bereits morgen wieder beigelegt ist.

Die Belgier in Eupen und Moresnet.

Köln, 27. Mai. (Sabas-Neuler.)

Die belgischen Truppen haben am Montag Eupen, Moresnet, Herzelsdorf und Aachen besetzt.

Soldaten bei der Kundgebung in Paris.

Berlin, 27. Mai.

France Libre und andere sozialistische Pariser Organe berichten, daß an der sozialistischen Kundgebung im Friedhof Père Lachaise auch Soldaten und Offiziere teilgenommen hätten, die „Nieder mit dem Krieg“ riefen.

Die Forderungen der französischen Gewerkschaften.

Versailles, 27. Mai.

Der Landesausschuß der französischen Arbeitergewerkschaften ist gestern zu einem wegen der Zwischenfälle am 1. Mai einberufenen außerordentlichen Kongreß zusammengetreten, der die Mittel und das Vorgehen zur Durchführung der Arbeiterforderungen beschließen soll. In seiner Begrüßungsansprache erklärte Jouhaux die aus der Einführung des Achtstundentages zu ziehenden Folgerungen für die Hauptfrage und wies besonders darauf hin, daß sie eine Verbesserung der Arbeiterwohnungen nach sich ziehen müsse; sie werde vom Kongreß ausführlich erörtert werden. Der Versailler Frieden, erklärte er, sei unbefriedigend und verlange das wahre Wohl des Landes; er halte eine Umarbeitung des Vertrages für unbedingt nötig. Es werde die Aufgabe der international geeinigten Arbeiter sein, her durchzugehen, damit den Völkern Freiheit und Friede gesichert werde. Der Landesausschuß müsse dem Vorstände der Confederation Generale du Travail bestimmten Auftrag in dieser Richtung für den nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam geben. Nach Erörterung verschiedener Arbeiterfragen nahm der Ausschuß schließlich eine Tagesordnung einstimmig an, in welcher er den Matrosen im Schwarzen Meer bei ihrer Belagerung, gegen die russischen Revolutionäre zu kämpfen, zustimmt und sich bereit erklärt, sie mit allen Mitteln gegen Strafmaßnahmen der französischen Regierung zu schützen.

Versailles, 27. Mai.

„Populaire“ meldet, daß der Nationalausschuß der französischen Gewerkschaften heute nachmittag einen Antrag annahm, sich sofort mit den Engländern, Italienern und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um die Regierungen zur sofortigen Zurücknahme der Truppen, welche sich in Rußland, Ungarn und anderswo schlagen, aufzufordern, und um die Probleme zu erörtern, welche die Zukunft des Weltproletariats interessieren.

Versailles, 27. Mai.

Eine Abordnung von 15 Mitgliedern wird der Regierung die Beschlüsse des Nationalausschusses überbringen. Sie wird geführt von Jouhaux, und es gehören ihr unter anderen die radikalen Arbeiterführer Dumoulin, Vidogarray und Verre-heim an.

Genauer erteile der Nationalausschuß den geschäftsführenden Mitgliedern der Arbeitergewerkschaften den Auftrag, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung der Arbeiterforderungen, namentlich des Achtstundentages, sicherzustellen.

Der deutsche Gegenvorschlag.

Die deutsche Friedensdelegation hat nunmehr dem Gewaltfrieden, den die Entente verhängen will, einen ausführlichen Gegenentwurf entgegengebracht. Die deutsche Delegation macht gegenüber den zahlreichen Verstößen gegen die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts, die die führenden Staatsmänner der Entente so oft verkündet haben, die Grundsätze eines demokratischen Rechtsfriedens mit allem Nachdruck geltend. Sie kann mit Recht darauf verweisen, daß diese Grundsätze bei den Bestimmungen des Versailler Friedensvorschlages über das Saargebiet, über Danzig, zum Teil auch bei der Abgrenzung des abzutretenden Gebietes im deutschen Osten verletzt und durchbrochen worden sind zugunsten von Nachbestrebungen und militärischen Erzwängen. Die Note legt auch mit Recht Nachdruck darauf, daß in allen Fällen der vorzunehmenden Gebietsveränderungen das Recht der Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerung durch Garantien für eine freie, unbeeinflusste Volksabstimmung gewahrt bleiben müsse.

Der deutsche Gegenvorschlag geht dann auf die außerordentlichen Härten ein, die die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bedeuten. In dieser Hinsicht mußte aller Nachdruck vor allem darauf gelegt werden, daß die Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt werden, in ihrer Höhe fest begrenzt sind und nicht nachträglich etwa erhöht werden können, wie es der Entente-Entwurf zuläßt. Die deutsche Delegation bietet zur Wiedergutmachung der angerichteten Schäden einen Ersatz von 100 Milliarden Mark an. Die angegebene Ziffer zeigt uns, wie entsetzlich verurteilt dieser Krieg gewirkt hat, welche fürchterlichen Opfer diejenigen dem deutschen Volke auferlegt haben, die in den Augusttagen von 1914 durch ihre unfähige und verbrecherische Politik die Welt in diese Katastrophe gestürzt und bis zum Zusammenbruch an der verruchten Durchhaltepolitik festgehalten haben.

Die Bedingungen der Entente besagen aber auch, daß die von ihr eingesetzte Kommission für Wiedergutmachung eine außerordentlich weitgehende Kontrolltätigkeit über die ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands ausüben kann. Diese Kommission hätte fast in allen Wirtschaftsproben das entscheidende Wort. Wegen dieser außerordentlich weitgehenden Beschränkung der deutschen Wirtschaftspolitik wenden sich jene Vorschläge der deutschen Delegation, die die Einsetzung einer deutschen Kommission verlangen, die der Entente-Kommission beigegeben werden soll. Einigen sich die beiden Kommissionen nicht, so soll ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz urteilen. Denn sonst bliebe das deutsche Wirtschaftsleben auf lange Zeit unter der Wirtschaftsdiktatur fremder kapitalistischer Mächte.

Die weiteren Einwendungen richten sich gegen die fast völlige Konfiskation der deutschen Handelsflotte, gegen die Erzköperung des Außenhandels und der Wiederaufnahme der überseeischen Beziehungen.

Man wird die Vorschläge der deutschen Delegation auch vom internationalen sozialistischen Standpunkt durchaus für gerechtfertigt halten, da sie in den territorialen Fragen durch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker geleitet sind und in den Wirtschaftsproben in der Tat bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen zu gehen scheinen. Ebenso ist die Forderung durchaus berechtigt, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sofort nach Friedensschluß zu erfolgen habe, da der Völkerbund, wenn er überhaupt etwas anderes sein soll als die Liga der siegreichen imperialistischen Mächte, keinen Staat ausschließen darf.

Dagegen erscheint uns die Forderung nach Rückgabe der deutschen Kolonien von geringerer Wichtigkeit. Wir haben von jeder Art kapitalistischer Kolonialpolitik ab-

Groß-Berlin.

Ein unschuldiges Opfer der Märzunruhen.

Seit mehreren Wochen herrscht in dem Hause Meulerstraße 38 in Neukölln und in der Umgebung starke Empörung gegen eine im genannten Hause wohnende Frau Fleischer. Während der Märzunruhen wurde in der Warschauer Straße auch der 18jährige Sohn dieser Frau, Kurt Fleischer, handbrechlich erschossen. Angeblich soll er auf der Straße bei den Unruhen mitgewirkt haben und bei der Gelegenheit ausgegriffen sein. Die Bewohner des Hauses Meulerstraße 38 glauben aber nicht daran, daß Kurt Fleischer an den Unruhen beteiligt war, denn dieser war ein für sein Alter körperlich und geistig zurückgebliebener Mensch mit ganz harmlosem Charakter. Verschiedene Umstände liegen die Vermutung auf, daß Frau Fleischer ihren eigenen Sohn absichtlich als Spionist denunziert habe und daß der Tod des jungen Mannes darauf zurückzuführen ist. So wird behauptet, daß Frau Fleischer einige Tage vor der Hinrichtung ihres Sohnes zu anderen Frauen gehandelt habe, ihr Sohn sei Spionist und sie sei ihres Lebens vor ihm nicht mehr sicher. Auch der Bruder des Erschossenen, der mit seiner Mutter harmonisiert, soll ähnliche Versprechungen zu Nachbarn gemacht haben. Es wird ferner behauptet, daß sich Frau Fleischer, die ein standesgemäßes Verhältnis mit einem verheirateten Polizeiwachmann unterhält, sich auf genannte Weise ihre im Wege stehenden unglücklichen Kinder entledigen wollte.

Nachdem im März diese Beschuldigungen gegen Frau Fleischer erhoben waren, rückte sie sich an den Justizrat, in denen sie ihre Gegner verurteilte, indem sie in Gemeinschaft mit ihrem 22jährigen Sohn Hermann eine Anzeige gegen mehrere junge Leute im Alter von 15 bis 17 Jahren erstattete und auch gegen diese die falsche Behauptung aufstellte, sie seien an den Unruhen beteiligt gewesen. Die Betreffenden wurden daraufhin — teilweise unter gewaltsamem Eindringen in die Wohnung und Mißhandlungen — verhaftet und erst auf energischen Protest ihrer Eltern nach anderthalb Tagen wieder freigelassen. Eine Anklage ist bisher gegen sie nicht erhoben worden.

Gegen Frau Fleischer und ihren Sohn Hermann wurde nunmehr von den Eltern der Verhafteten bei der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung beantragt. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hat aber, ohne daß einer der Antragsteller vernommen wurde, ein Einschreiten gegen Frau Fleischer und ihren Sohn abgelehnt.

Dadurch liegt die Forderung bei den Bewohnern des Hauses Meulerstraße 38 auf höchster Höhe. Frau Fleischer durfte sich nirgends mehr sehen lassen. Sie erbat und erhielt auch vom Neuköllner Polizeipräsidenten, Herrn Appich, Schutz, indem ihr ständig ein Schuhmann beigegeben ist, der sie in ihre Wohnung ein- und ausführt. Die Schutzleute des betreffenden Reviers, dem auch der Liebhaber der Frau Fleischer angehört, empfinden diesen ihnen aufgezwungenen Dienst auch schon als einen Schimpf, und auf wiederholte Vorstellungen hat Herr Appich nun versprochen, dafür zu sorgen, daß Frau Fleischer aus dem Hause verschwindet. Und wird mitgeteilt, daß dies auch die höchste Zeit wird, denn niemand könne dafür garantieren, daß Frau Fleischer von erregten Personen nicht tötlich angegriffen wird.

Wir sind nun der Meinung, daß der Staatsanwalt das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen haben darf. Wir fordern ihn hiermit auf, den Fall nochmals eingehend zu behandeln, damit endlich Licht dahinter kommt, wer den Tod des unglücklichen Kurt Fleischer verschuldet hat!

Ein Arzt, wie er nicht sein soll.

Aus Neukölln wird uns berichtet: Am Dienstag vormittag wurde in der Hermannstraße ein dreijähriger Knabe von einem Fuhrwerk umgerissen und eine Strecke mitgeschleift. Die Mutter begab sich mit ihrem besinnungslosen Kinde zu dem in der Nähe befindlichen Arzt, Sanitätsrat Dr. Worchardt, um die erforderlichen Verletzungen verbinden zu lassen. Dr. W. lehnte aber seine Hilfe mit dem Bemerkung ab, die Mutter solle erst mit dem Kinde nach Hause gehen und es vom Schmutz säubern. Auch ein wiederholter Versuch, Dr. Worchardt Hilfe zu erlangen, scheiterte an dessen Hochmütigkeit. Frau W. mußte einen anderen Arzt auffuchen, um ihrem Kinde ärztliche Hilfe zu verschaffen.

Das Verhalten des Herrn Dr. Worchardt ist empörend. Ist ein Arzt, auch wenn er Sanitätsrat ist, nur dazu da, um bessere Damen aus erkrankten Ohnmächtigen zurückzurufen, oder hat er nicht auch die Pflicht, verunglückten Mitmenschen schnell beizuhelfen? Einos Wasser zum Reinigen wird er doch wohl in seinem

Haushalt gehabt haben. Warum leistet er ja nicht Beistand und jagt die aufgeregte Mutter mit dem verunglückten Kinde davon? Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Herr Dr. W. seinen Beruf verfehlt hat, denn so, wie er sich gibt, haben wir uns keinen Arzt bei dem Menschenfreundlichkeit die erste Pflicht sein muß, vorzuziehen. Das ist im übrigen nicht die erste Klage, die wir über Dr. W. hören. Ob er sich ändern wird? Wir glauben nicht, denn auf die Bemerkung eines Jungen des erwähnten Vorfalls, daß man davon der Presse Mitteilung machen würde, äußerte sich Herr Dr. W. sehr höflich dazu.

Beschwerden des Publikums über von den Lebensmittelkaufenden abweichende Belieferung durch die Kleinhandlärer müssen unter Bezeichnung der genauen Adresse des Kleinhandlärer sowohl wie des Beschwoerdeführers bei derjenigen Magistrats-Abteilung angebracht werden, die den Anruf erlassen hat. Auf anonyme Anzeigen kann nichts veranlaßt werden.

Die ehemaligen Angehörigen der Republikanischen Soldatenwehr, welche infolge Auflösung derselben am 20. bzw. 31. d. M. ausgeschieden sind und noch Rückstandsfordernungen an Familienunterstützung zu haben glauben, wollen diese unverzüglich bei der Fürsorge-Abteilung der R. S. W., Oberwallstr. 1 c, Zimmer 6, unter Vorlegung ihrer Entlassungsbefehle vom Feldherrn und der R. S. W. anmelden.

Zentralkasse für Einigung der Sozialdemokratie. Bez. Norden-Messe. Mittwoch abends, 7 1/2 Uhr, in der Kula Zwingerstr. 37, öffentliche Versammlung. Referenten: R. Neumann (H. S. P.) vom Volksrat, Dr. Simmel (S. P. D.).

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie. Bez. Norden-Weißensee. Mittwoch abends, 7 1/2 Uhr, bei H. Deper, Böhmstr. 28, Bezirksversammlung.

Bersammlungen.

In Bantow fand am Mittwoch, den 21. Mai, die Generalversammlung statt. Genosse Schindler gab den Bericht. In die Bezirksleitung wurden gewählt als 1. Bezirksleiter Schindler, 2. Epidermann, 1. Kassierer Bartels, 2. Brüppner, 1. Schriftführer Weinroth, 2. Genossin Albrecht, Beisitzerin Genossin Franke, Kartotekar Roggenbode, Abteilungsführer Nord Weid, Sid Snuppe, als Beisitzerin Weiland, Schrock und Ludom. Genosse Brühl-Lichtenberg hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Nationalversammlung.

Spandau. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung am 23. d. M., befaßte sich mit der bevorstehenden Kreis-Generalversammlung und der Wahl der Delegierten zu derselben. Von acht Vorschlägen fiel die Wahl auf folgende Genossen: Bergemann, Guhl, Dreßler, Köppen, Leo und Greifzu. Ferner fand die Bestätigung der Wahlen der Bezirksführer statt. Einem Vorschlag des Vorstandes, den Vorstand um drei Mitglieder zu erweitern, wurde zugestimmt. Diese drei Mitglieder sollen als Bildungsausschuss fungieren. Gewählt wurden die Genossin Hel. Wien, sowie die Genossen Kunz und Dreßler.

Aus dem Gemeindeleben.

Steglich. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Haushaltsplan. Die Einkommensteuer wurde auf 280 Proz. festgesetzt, die Aufbauseuer um 50 Proz. erhöht, die Grundsteuer auf unbelabte Grundstücke von 64 auf 7, die Amortisationsabgabe von 24 auf 27 Proz. Ein Antrag der Unabhängigen, die preussische Nationalversammlung um Aufhebung der Steuerprivilegien für Geistliche, Lehrer, Beamte usw. zu ersuchen, wurde angenommen, mit dem Zusatz, daß die davon Betroffenen entschädigt werden sollen. Die gleichfalls von uns gestellten Anträge, das steuerfreie Einkommen von 800 auf 3000 Mark zu erhöhen, sowie die Einkommensteuer progressiv steigend zu erheben, fanden nicht den Beifall der übrigen Parteien. Der Bürgerklub ist gegen eine Progressivierung, beide Anträge wurden schließlich dem Finanzausschuss überwiesen. Ein von uns gestellter Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen ist bereits im Finanzausschuss abgelehnt, bezuglich unser Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lernmittel für die Kinder der Volksschulen. Ueber die Bestimmung eines Schularztes sowie einer Schulschreiberin und die Errichtung einer Zahnklinik, die von uns gefordert sind, wird der Gemeindevertretung eine besondere Vorlage zugehen. Die Schulen sollen auf unseren Antrag jetzt wieder, wie vor dem Krieg, dreimal wöchentlich gereinigt werden, in den letzten Jahren geschah dies nur einmal. Nach Fertigstellung der Badeanstalt wird dem von uns beantragten obligatorischen Schwimmunterricht näher geteilt werden. Die Schülerkinder werden bekommen eine reichlichere Zuwendung an Geldmitteln, ganz bedeutend wird aber die Volkshilfserei unterstützt. Letztere soll ja noch im Laufe dieses Jahres nach einem genutzten gelegenen Raum verlegt und bedeutend vergrößert werden, auch ein Besessal wird eingerichtet. Zur Leitung der Volkshilfserei wird eine Bibliothekarin angestellt. Bereits am 2. Juni wird die Gemeinde eine Volkshochschule in Steglich eröffnen, die vorläufig mit 8 Dogmen beginnen wird, um dann zum Winter ausgebaut zu werden. Nach Schluß

eines jeden Vortrags freie Aussprache. Die Vorträge finden alle im Gymnasium statt. Für das Arbeiter-Jugendklub Steglich-Friedenau wurden dann noch 800 Mark bewilligt. — Ein weiterer Antrag der Unabhängigen fordert, daß in die Statuten des Vereins Kinderheim, des Bayerländischen Frauenvereins und der Mütterberatungsstelle Frauen aus der Gemeindevertretung ernannt werden. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag unserer Partei, die Schülerzahl der Schulen der Gemeinde auf höchstens 45 festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt, daß die einzelnen Klassen fünfzig nicht mehr als 40 Kinder aufnehmen sollen. Der ebenfalls von uns gestellte Antrag, einen Ausschuss für Kommunalisierung einzusetzen, in dem alle die einschlägigen Fragen, wie Müllabfuhr, Lebensmittelförderung, Kohlenbeschaffung, Anschlagwesen usw. geklärt werden sollten, wurde eingehend erörtert. Die Gemeindefürer, die Sozialisten und der Demokraten für diese Sache ist nicht groß, die ganze Frage wurde einem bereits bestehenden Ausschuss überwiesen.

Aus den Organisationen.

Steglich. Das 3. und 4. Viertel hat heute abend um 10 1/2 bei Tempel, Viertelsozialversammlung. Referat: Das Viertel. Referent: Kofellen.

Neukölln. 20. Bezirk. Am Himmelfahrtstag Ausflug nach Königsheide. Treffpunkt: früh 7 Uhr in den Bezirkskolonnen, Niederschönhäusern. Freitag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Lokale von Kottus, Blankenburger Straße 4, Mitgliederversammlung Vortrag über das Kreisystem.

Spiel und Sport.

Das Goldene Rad von Friedenau. Im Stadion fand am Himmelfahrtstag eines der größten Rennen seit Jahren, das Goldene Rad von Friedenau, ausgefahren. Sieben der besten Dauerfahrer werden auf der gewaltigen Strecke von 100 km. ein ganzes Rennen entfallen. Außerdem Fliegerrennen. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Ortsgruppe Charlottenburg. 20. Mai (Himmelfahrt), nach Brandenburg. Start 4 Uhr, Volkshaus Sonntag, 1. Juni, Apollonstour nach Giesow-Dahlemer. Start: 12 Uhr, Volkshaus.

Freie Schwimmer, Charlottenburg. Mittwoch, Ronschhäuser Volkshaus (Steglichhalle). Besprechung und Regelung der diesjährigen Badefaison. — Himmelfahrtstag Knaben in Pöhlberg, 10. Punkt 2 Uhr, Reichskanzlerplatz. Radsportler 4 Uhr bei Brandenburger Volkshaus.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Pindendruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P.
Heft 5 ist soeben erschienen.

Aus dem Inhalt:

Die Demonstrationen der U. S. P. für den Frieden
Rede Ad. Hoffmanns v. d. D. über die Völker vom Lebebourprozeß.
Wollt Ihr das wieder? Bilder von den Greueln der Schlachtfelder.
Leo Tolstoj: Der Teufel. Roman.
Custav Landauer: Revolution, Nation und Krieg und vieles andere.
Kritikatur: Fehrenbach

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60

Nr. 1-4 können noch nachgeliefert werden.

In allen Buchhandlungen, Zeitungsverlagen, Kiosken, Tabakhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Franz Dittberner**, Reinickendorfer, Scharawerstr. 73, am 25. d. M., und die Arbeiterin **Minna Herrmann**, Lichtenberg, Terschmidtstr. 27, am 22. April gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

H. Kreis.
Unser alter, treuer Genosse und Bezirksführer **Josef Wigel** ist am 25. d. M. gestorben. Er hat auch während des Krieges stets im Sinne d. internationalen Sozialismus gewirkt. Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr, vom F. Michaelskirchhof, Mariendorfer Weg, aus statt.

Spezial-Arzt
Dr. Scott
für Haut-, Harn- und Frauen-Lenden - Salvarian - Kuren
Urin- und Stuhlanalysen
Rosenthalerstr. 69-70

in Heil-Anstalt Löser
18-1, 5-8, Sonnt. 10-1
Segener Damm-Portalaner

Handwagen,
mit und ohne Federn von Mark 175,- an.
Größte Auswahl.
G. Wagner,
Königsberger Straße 71.
(Kein Laden.)

Wie ein Wunder
berichtigt **Krausselbe**
San.-Rat Dr. Strahl's
jed. Hautausschlag, Flecht, Hautwunden, Juckreiz, Krampfadern der Frauen u. dgl. In Originalabk. Mk. 4.50 n. Mk. 7.50 erhältlich in der **Kolonien-Apothek**
BERLIN SW 19/224

Arbeiterrat Berlin-Wilmersdorf.
Öffentliche Sitzung
am Mittwoch, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Kula bei Wilmersdorf-Quintenzstraße 10/11, Ecke Ullmannstraße.
Tagesordnung:
1. Rekonstruktion des Arbeiterrats.
2. Bewußt der Volkswirtschaftlichen.
3. Stellungnahme zur Reichswehr.
Referent: Genosse F. Egner.
Referent: Genosse Dr. Derscheid.
3. R.: Egner, Schol.

Buchhandlung
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
e. G. m. b. H.

Schriften der U. S. P. zum Frieden.
Annehmen oder ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.
Mit Beiträgen von K. Kaufsky, Og. E. Oral, C. Ballod, A. Stein, R. Hillerding und H. Haase.
46 Seiten Preis 50 Pf.

Deutschland nach dem Frieden.
Wirtschaftspolitische zu den Versailler Bedingungen.
Von Engelbert Oral.
16 Seiten Preis 50 Pf.

Die Schriften erklären und rechtfertigen den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage. Sie geben den Genossen das geistige Rüstzeug im Kampfe gegen die aufkommende nationalistische Flut.
Die Schriften sind durch jede Buchhandlung sowie direkt von der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Merseburg.
Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Antritt einen **ersten Geschäftsführer.**
Gerechnet wird auf eine erste Kraft. Bewerber müssen aktivistisch und rednerisch begabt sein und die Verwaltungsgeschäfte vollständig beherrschen. Mindestens einjährige Mitgliedschaft ist Bedingung. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer und Köner Generalversammlung. Oportüne Verrechnung von 50 Mark wird gewährt. Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen, aus dem Alter, Beseh und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehend sind an den Kollegen Daniel, Wilhelm, Merseburg, Weißensefelder Straße 6, bis zum 14. 6. 1919 zu richten.

Strassenhändler
für den Vertrieb hochwertiger Schriften **gesucht.**
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Schiffbauerdamm 19.

Schmargendorf
Ab 1. Juni wird im Einverständnis mit unserem bisherigen Spediteur, dem Genossen Reimer, Breitstr. 8, und gemäß Beschluß des Schmargendorfer Wahlvereins, unsere Spedition
Frau Selig,
Hundekohle-Str. 21

Übertragen. Um eventuell eintretende Unterbrechungen zu vermeiden, bitten wir unsere Abonnenten, ihre Adresse durch Postkarte der neuen Spedition mitzuteilen. Desolde wird die „Freiheit“ wie bisher weiter liefern.
Darlehn Jedermann Rechts- buren Elzasser Str. 68.
Sweater, weiß, für Herren, neu oder gut erhalten, unse zu kaufen. Oden, Wrangelstr. 121.
Spiralbohrer alle Abmes- sungen kauft Beyer, Planen- Haselbrunn, Krahngelstr. 10.
Schreibmaschinen gut er- halten kauft Knab, Steglitz, Marktsteitz. 2.

Beitrag. Leib- u. Weid- Boten stets zu haben. Karga, Adalbertstr. 10.
Schneiderei und Leder- pfundweise, Knab, Steglitz, Marktsteitz 2.
Rechtsbureau Strauß 68 macht alles.
Arbeitsmarkt
Botenfr. zum Austragen der „Freiheit“ stellt ein (Leib u. Weid) Knab, Steglitz, Marktsteitz 2.
3 zuverl. Botenfr. werden sofort einge- nommen. Fröhlich, Schillingstr. 10.
Botenfr. zum Austragen der „Freiheit“ sucht Obermann, Giesow- straße 92.
Botenfr. werden sofort einge- nommen. Frau Döring, Steglitz- straße 10.
Botenfr. zum Austragen der „Freiheit“ sucht Seiditz, Wilmersdorf, Charlottenburg, Wilmersdorf- straße 10.
Botenfr. wird sofort einge- nommen. Steglitz, Marktsteitz 2.
inserat
für den...
Tag...
4 Uhr...
1 Uhr...
Expeditio...
Juni 18